



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 167. Ratssitzung vom 27. Oktober 2021

4519. 2020/321

Motion von Barbara Wiesmann (SP), Marco Denoth (SP) und 5 Mitunterzeichnenden vom 08.07.2020:

Rahmenkredit für Investitionsbeiträge und Fördermassnahmen an Start-ups, die der Klimakrise entgegenwirken oder einen gesellschaftlichen Mehrwert schaffen

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Barbara Wiesmann (SP)** begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 2735/2020): In dieser Motion fordern wir, dass ein Rahmenkredit geschaffen wird, der Start-ups fördert, die nachweisbar dem Klimawandel entgegenwirken, oder einen gesellschaftlichen Mehrwert schaffen. Der Rahmenkredit soll mit hundert Millionen Franken alimentiert werden. Die Start-ups müssen in Form von Investitionsbeiträgen, und indem die Stadt Zürich vermehrt Aufträge an Start-ups vergibt, gefördert werden. Es geht aber nicht nur um finanzielle Hilfe. Projekte sollen aktiv begleitet und bei strategischen Fragen unterstützt werden, Synergien mit anderen Programmen wie beispielsweise «Bluelion» sollen nach Möglichkeit genutzt werden. Es geht darum, dass die Start-ups von der vorhandenen Expertise profitieren können. Zürich hat die Köpfe und die Ideen, die den aktuellen Problemen der Klimakrise entgegenwirken können. Leider fliesst das Geld mehrheitlich dorthin, wo die schnellen Profite winken und das benötigte Risikokapital wird darauf verwendet, junge Unternehmen möglichst schnell und teuer zu verkaufen. Diejenigen, die eine langfristige und nachhaltige Idee vorantreiben möchten und oft eine kapitalintensive Idee haben, kommen weniger zu Geld. Gute Ideen, intelligente Menschen und gute Jobs gehen dadurch verloren. Unter Umständen können wichtige Innovationen nicht vorangetrieben werden. Diese Motion soll genau das verhindern. Ökologische Innovationen und verantwortungsvolle Start-ups müssen gefördert werden. Vom wirtschaftlichen Erfolg profitieren alle. Sind Start-ups finanziell erfolgreich werden Investitionen inklusiv einer allfälligen Gewinnbeteiligung zurück an die Stadt fliessen. In erster Linie profitieren wir von diesen spannenden und bitter nötigen Innovationen. Die Coronakrise hat gezeigt, dass es in Krisensituationen noch schwieriger ist, Investorinnen und Investoren zu finden, die mit der nötigen Langfristigkeit mutige Vorhaben finanzieren. Insbesondere bei der drohenden Klimakatastrophe sind wir auf innovative Ideen angewiesen. Es freut mich, dass der Stadtrat bereit ist, unser Anliegen in Form eines Postulats aufzunehmen und damit hilft, Innovation zu fördern. Aus dem Start-up Umfeld ist mir aber zugetragen worden, dass sie zwar Geld für die erste Phase der Idee finden, für die anschliessende Wachstumsphase wird es aber schwieriger. Das liegt unter anderem daran, dass die Unternehmen nicht den schnellen Verkauf suchen und keinen Gewinn auszahlen, sondern alles reinvestieren. Die Rechtsform zum Beispiel als Genos-*



2 / 5

senschaft sieht auch kein anteilmässiges Mitspracherecht vor, was von klassischen Investorinnen und Investoren nicht geschätzt wird. Man könnte mit direkten Investitionen eine Lücke füllen und viel bewegen. Deswegen bin ich überzeugt davon, dass diese 100 Millionen viel bringen können. Nach der Ablehnung des CO₂-Gesetzes auf Bundesebene müssen wir jede Möglichkeit wahrnehmen, mit guten Ideen und Innovationen die Klimakatastrophe zu bekämpfen. Leider sind uns bei vielen Sachen auf kommunaler Ebene die Hände gebunden, aber hier müssen wir eingreifen und einen wichtigen Beitrag leisten. Ich bitte Sie um Zustimmung.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Eine nachhaltige Stadtentwicklung braucht ökologische und gesellschaftliche Innovationen. Der Stadtrat ist sich der Rolle sehr bewusst, die eine starke, lebendige Start-up-Szene, wie sie in Zürich vorhanden ist, spielt. Laut dem Swiss Venture Capital Report 2020 sind im Jahr 2019 rund 2,3 Milliarden Franken in Schweizer Start-ups geflossen. Das war ein Rekord. Der Kanton Zürich hat mit rund der Hälfte der gesamten Risikokapitalinvestitionen am meisten profitiert. Im Jahr 2019 sind 1,17 Milliarden Franken in rund hundert Start-ups im Kanton geflossen. Fehlendes Risikokapital scheint also nicht das Hauptproblem zu sein. Start-ups suchen viel häufiger Unterstützung bei der Weiterentwicklung ihrer Produkte oder Beratungen bei Expansionsplänen. Im Bereich von ökologischen und gesellschaftlichen Innovationen fehlen ihnen zudem oft Anwendungsfälle für einen Test ihrer Produkte und Dienstleistungen in der Realität. Mit den beiden Inkubatoren «glatec» und «Bluelion» bestehen schon zwei Förderinstrumente, die im Bereich Clean Technology (Cleantech) und in anderen Bereichen unterstützen. Bei beiden Organisationen hat die Stadt Einsitz in den strategischen Gremien. Die Inkubatoren verfügen hinsichtlich der Begleittätigkeiten, die von den Start-ups gesucht werden, über wertvolle Erfahrung, auch wenn sie bis jetzt keine finanzielle Unterstützung gewähren konnten. Wir sehen Synergien zum Anliegen dieser Motion. Der Stadtrat erachtet das Anliegen im Grundsatz als berechtigt, er möchte das Fördersystem für ökologische und gesellschaftliche Innovationen genauer prüfen. Dabei stehen aus unserer Sicht drei Stossrichtungen im Vordergrund: Programme für Start-ups in der frühen Phase im Bereich der ökologischen und gesellschaftlichen Innovationen; stärkere Zusammenarbeit mit Start-ups, die Experimentier- und Anwendungsfelder benötigen – das kann zum Beispiel mit Start-ups in Residence-Programmen umgesetzt werden; sowie Einrichten eines Innovationsfonds für Start-ups mit Bezug zu städtischen Leistungen. Der in der Motion geforderte Betrag von 100 Millionen Franken erachtet der Stadtrat allerdings als zu hoch, weshalb er die Motion ablehnt. Er ist aber vor dem Hintergrund dieser Ausführungen sehr gerne bereit, das Anliegen als Postulat entgegenzunehmen und konkret zu prüfen, was die Aktivitäten sein könnten, was für Instrumente benötigt werden und welches der angemessene Betrag ist, dies umzusetzen. Ich bitte Sie, diese Motion als Postulat zu überweisen.*

Weitere Wortmeldungen:

Roger Bartholdi (SVP) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat: *Man redet von 100 Millionen Franken. Bald besprechen wir im Gemeinderat das Budget 2022. Denken*



wir an das Amt für Baubewilligungen (AfB), dort sehen Sie die finanzielle Entwicklung der nächsten Jahre, so wie sie der Stadtrat sieht: die Zahlen sind rot oder schwarz. Wenn man etwas ausgeben möchte, muss zwei oder drei Mal hingeschaut werden. Sie möchten nun 100 Millionen Franken ausgeben, deren Sinn und Zweck müssen ebenfalls hinterfragt werden. Sie wollen einen Teil dieser Start-ups unterstützen, namentlich nur diejenigen, die sich für die Klimakrise einsetzen. Diejenigen, die das nicht machen, sind die Bösen und erhalten nichts. Es gibt noch einen zweiten Aspekt: der gesellschaftliche Mehrwert. Eigentlich kann gesagt werden, dass jedes Start-up Unternehmen, das langfristig überlebt, den Anspruch hat, einen Beitrag an gesellschaftlichem Mehrwert zu leisten – sonst würde ein Start-up nicht funktionieren. Wenn ich Sie alle fragen würde, was Sie unter gesellschaftlichem Mehrwert verstehen, würde ich wohl von allen eine andere Antwort erhalten – deswegen ist der Ausdruck etwas schwierig. Die Sortierung nach Gut und Böse mit Hilfe der Klimakrise ist ethisch nicht vertretbar, das haben wir bei der Textänderung beim vorherigen Geschäft gesehen. Am liebsten würden Sie selbst definieren, welche Firma in den Genuss der Finanzierung kommt, das ist unfair und nicht sozial. Deswegen lehnen wir ab – nicht nur die Motion, sondern auch das Postulat.

Hans Dellenbach (FDP): Ein bisschen überrascht war ich von dieser Motion: Die Partei, die den Kapitalismus überwinden möchte, fordert den Stadtrat auf, 100 Millionen Risikokapitalfonds aufzubauen. Sie geht davon aus, dass sie es besser hinkriegen wird als die Fachleute aus der Marktwirtschaft. Als Fachperson, die seit 20 Jahren im Bereich Klima und Cleantech Investitionen in Risikokapital tätig ist, darf ich mich hier angesprochen fühlen. Insbesondere fühle ich mich durch den Satz in der Begründung angesprochen, dass das Geld nur dorthin gehe, wo der schnelle Profit winkt. Vielleicht können mir die Expertinnen und Experten der SP einige gute Tipps geben, wo der schnelle Profit winkt, denn Tatsache ist, dass Unternehmertum insbesondere bei Start-ups mit jahrelanger, harter Knochenarbeit verbunden ist. Es gibt Blut, Schweiß, Tränen und schlaflose Nächte. Es gibt Rückschläge, es gibt Scheitern, es gibt Bankrott. Bei all dem sind Investoren mit dabei. Ab und zu gibt es Erfolg, genau dann kommt die SP mit einer Initiative, die einem den Gewinn aus der Tasche ziehen möchte. Die SP ist noch weit weg vom Verstehen der Wirtschaftszusammenhänge. Dies allein wäre schon Grund genug, aber es gibt auch sachliche Gründe für die Ablehnung dieser Motion. Als wir vor 20 Jahren begonnen haben, gab es in der Tat zu wenig Kapital und keine Investorennetzwerke, zu wenige professionelle Gründer und zu wenig Anerkennung für Start-ups; aber all das hat sich in den letzten Jahren grundsätzlich geändert. Die Zahlen wurden von der Stadtpräsidentin bereits genannt. Ich habe noch ein kleines Update: In den ersten sechs Monaten dieses Jahres ist weltweit gleich viel Kapital für Klimatechnologien gesammelt worden, wie in den letzten fünf Jahren zusammen. Von zu wenig Kapital kann nicht die Rede sein, wenn schon, dann von einer Bubble. Es gibt immer grössere Finanzierungsrunden, die Bewertungen dieser Firmen steigen immer höher und es gibt jede Menge Investoren, Netzwerke, Events und öffentliche Fördertöpfe. In der Schweiz gibt es den Schweizer Technologiefonds, der 350 Millionen Franken für Klimatechnologien zur Verfügung stellt. In einem dermassen überhitzten Markt nützt es nichts, wenn man erneut mit 100 Millionen Franken kommt. Genauso wenig, wie es nützt, erneut einige 100 Millionen Franken in einen überhitzten Wohnungsmarkt zu investieren, wie es die SP auch noch möchte, um so genannt bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Das Gegenteil wird



sicher eintreffen, darum lehnt die FDP solche kontraproduktiven Staatseingriffe dezidiert ab. Wir teilen allerdings die Meinung des Stadtrats, dass es in der Stadt durchaus Möglichkeiten gibt, mit Start-ups zusammenzuarbeiten. Man kann Produkte für Pilotprojekte einsetzen, die Stadt soll Infrastruktur zur Verfügung stellen und dort gibt es wahrscheinlich Möglichkeiten, noch etwas mehr zu tun, als dies heute der Fall ist. Darum haben Sebastian Vogel (FDP) und ich ein Postulat mit dem Titel «Rahmenbedingung für den Einsatz von teil- und vollautonomen Fahrzeugen auf definierten Teilstrecken» eingereicht. Genau diesem Postulat haben sich die Grünen in den Weg gestellt. Die FDP unterstützt Bemühungen in dieser Richtung und darum den Vorstoss in der Form eines Postulats.

Isabel Garcia (GLP): Wir teilen grundsätzlich die Überzeugung, dass es sich um ein wichtiges Thema handelt, dem sich die Stadt widmen soll. Allerdings sind wir der Auffassung, dass der geforderte Rahmenkredit in der Höhe von 100 Millionen Franken zu hoch und die Verbindlichkeit und Absolutheit einer Motion nicht geeignet ist. Wir unterstützen aber die Überlegungen und Tendenzen, die die Stadtpräsidentin uns dargelegt hat. Als Motion lehnen wir den Vorstoss ab, aber als Postulat sind wir bereit, ihn zu überweisen.

Marco Denoth (SP) ist einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln: Ich stelle fest, dass dieser Vorstoss als Postulat eine sehr grosse Mehrheit in diesem Rat hat, was mich sehr freut. Das Votum der SVP hat gezeigt, dass sie betriebswirtschaftlich keine Ahnung hat. Vielleicht macht es Sinn, dass sie durch die Schule des Professor Dr. Michael Graff (AL) geht. Das habe ich auch getan, nur nicht bei ihm, aber bei seinem Vorgänger. Deshalb weiss ich, dass wir hier von Investitionen und nicht von Ausgaben sprechen. Das sind Investitionen in Firmen, die man, wenn es gut geht, auch wieder zurückbekommt. Wir hatten das Beispiel der UBS, in die wir sehr viel investieren mussten, wo der Bund aber einen höheren Betrag zurückbekommen hat. Es wurde Risikokapital genannt: die guten und die schlechten Firmen. Wir haben absichtlich gesagt, dass wir es in die guten Firmen investieren wollen. Das sind Firmen, die eine Zukunft haben und in Zukunft in gewichtete Technologien investieren, während die bösen Firmen, wie wir sie ab und zu nennen, das nicht tun. Sie haben vielleicht noch die Erdöllobby im Hinterkopf, die nicht mehr so zukunftsorientiert ist und deswegen wirklich Risikokapital ist. Der Vorstoss hat als Postulat eine sehr grosse Mehrheit und aus diesem Grund sind Barbara Wiesmann (SP) und ich bereit, ihn als Postulat zu überweisen.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Laut dem Vorredner haben wir anscheinend keine Ahnung von Betriebswirtschaft. Blöderweise habe ich Betriebswirtschaft studiert. Ich könnte Ihnen einen Vortrag halten, tue es aber nicht. Was mich vor allem gestört hat, war das Wording der Motionärin, die keinen neutralen Begriff wie Klimaproblem oder Klimawandel genannt, sondern wiederholt von Klimakatastrophe gesprochen hat. Genau das zeigt, dass versucht wird, ein Klima der Einschüchterung zu schaffen und Panik zu schüren, so dass es zum Schluss keine Kontrolle mehr darüber gibt, was geschickt und vernünftig ist. Wenn ein Start-up in sein Leitbild aufnimmt, dass es dem Klimawandel entgegenarbeitet, genügt das schon und es wird nicht mehr weiter geprüft. So hat man die 100 Millionen Franken verbraten, ohne jede Kontrolle und das Geld verschwendet.



5 / 5

Das Postulat GR Nr. 2021/416 (statt Motion GR Nr. 2020/321, Umwandlung) wird mit 92 gegen 17 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat